

## HUNGERSTREIK

**GESPRÄCH:** Warum die beiden Taxifahrer jetzt doch weiter essen werden **SEITE 11**

## ARBEIT STATT HAFT

**200 KM/H:** Ein Raser muss 720 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten **SEITE 11**

## ELLIOTT MURPHY

**ALBANI:** Der mitreissende Rockpoet und die Normandy All Stars **SEITE 12**



# Bangen um das Loch nach Zürich

Der Brüttener Tunnel muss wieder einmal untendurch: In der ersten Tranche für Bahn 2030 spielt das Projekt keine Rolle. Vorgezogen werden etwa Bahnausbauten in Tenero TI oder Gelterkinden BL. Der ZVV ist irritiert, der Stadtrat motiviert.

MARTIN FREULER

Ligerz und Twann am Bielersee, Tenero und Contone im Tessin und Liestal und Gelterkinden in Baselland haben etwas gemeinsam: Ihre Namen erscheinen alle im «Faktenblatt Bahnausbau 2030», das der Bund im Januar veröffentlicht hat. Im ersten Fall ist es ein Tunnel, im zweiten eine Doppelspur und im dritten ein Überholgleise, und in jedem Fall sind es teure Bahnprojekte, die der Bund mit erster Priorität vorantreiben will. Stutzig wird, wer im Katalog der geplanten Bauten den schon lange ersehnten Brüttener Tunnel oder wenigstens einen Spurausbau zwischen Winterthur und Effretikon sucht: Weder das eine noch das andere ist aufgeführt.

«Wir sind befremdet, dass in der ersten Etappe kein Projekt zur Entlastung der Strecke Winterthur–Zü-

rich enthalten ist», klagt Thomas Kellenberger vom Zürcher Verkehrsverbund (ZVV), der den Engpass auf dieser Linie täglich zu spüren bekommt. Schliesslich gehörten die Gleise zwischen Effretikon und Winterthur Töss zu den meistbefahrenen auf dem Schweizer Eisenbahnnetz überhaupt.

Er sei erstaunt und sogar etwas irritiert, dass dieses Nadelöhr nicht mit erster Priorität behandelt werde. «Jetzt müssen wir alles daransetzen, dass die Verbindung zwischen Winterthur und Zürich nicht vergessen geht.»

### «Kein Grund zur Panik»

Das Gleiche will der Winterthurer ÖV-Stadtrat Matthias Gfeller (Grüne): «Die Lobbyarbeit für den Brüttener Tunnel muss jetzt weiter verstärkt werden.» Die Städteallianz öffentlicher Verkehr, in der die grossen Städ-

te der Ost- und Zentralschweiz zusammengeschlossen sind, plane schon bald die nächste Aktion, um auf die Notwendigkeit des Brüttener Tunnels



**«Die Lobby für den Tunnel muss weiter verstärkt werden»**

Matthias Gfeller, Stadtrat

## Ein Nein als Ja zum Tunnel

Mit der kantonalen Volksinitiative «Schienen für Zürich» forderte der VCS Zürich den Ausbau der Bahnstrecke Effretikon–Winterthur auf vier Spuren. Das Volk lehnte den Kredit von 520 Millionen Franken mit 70 Nein zu 30 Prozent Ja ab. Die Initianten argumentierten, die Kapazität lasse sich so «kostengünstig

und schnell» erhöhen und sei «kein Luxusprojekt» wie der Brüttener Tunnel. Die Gegner, darunter der Winterthurer Stadtrat, der Regierungsrat und eine Mehrheit des Kantonsrats, befürchteten unter anderem, dass durch einen oberirdischen Ausbau der spätere Bau des Brüttener Tunnels verhindert werde. (mf)

hinzuweisen. Gfeller nimmt den Entscheid des Bundes deshalb gelassen: «Ich sehe keinen Grund zur Panik.»

Es wäre wohl auch politisch unklug, würde er sich zu laut beklagen. Der Stadtrat bekämpfte im September erfolgreich eine VCS-Initiative, die den Ausbau der bestehenden Strecke zwischen Winterthur und Effretikon gefordert hatte (Kasten). Sein damaliges Argument: «Der Ausbau ist im Rahmen von Bahn 2030 durch den Bund zu realisieren und zu finanzieren.»

## Blaufahrer erwischt

Bei einer Strassenkontrolle in der Nacht von Samstag auf den Sonntag hat die Stadtpolizei fünf Lenker aus dem Verkehr gezogen, die betrunken Auto fuhren. Die Alkoholtests der Männer zwischen 20 und 60 Jahren ergaben Werte von einem halben bis knapp zwei Promille. In drei Fällen zog die Polizei die Fahrausweise der betreffenden Männer ein und ordnete Blutentnahmen an. Die Kontrollen wurden unter anderem auf Stadtgebiet und in der näheren Umgebung durchgeführt. (azi)

## Überfall geklärt

Die Stadtpolizei hat den Raubüberfall von Anfang Jahr geklärt («Landbote» vom 7. Januar 2011). Den beiden 15- und 17-jährigen Schweizern wird vorgeworfen, damals einen 18 Jahre alten Mann mit sogenannten Schwedenküssen traktiert und ihm danach dessen Bargeld, Bankkarte und Ausweise geraubt zu haben. Wie die Polizei in ihrer Medienmitteilung schreibt, sind die zwei Täter inzwischen geständig. Ihr Fall wurde der Jugendanwaltschaft übergeben. (azi)

# Noch wird der Zeitzeuge am Dorfplatz nicht verkauft

Im Fall eines alten Häuschens in Oberwinterthur kommen gleich drei Aspekte städtischer Politik zusammen: Geld, Armut und Denkmalpflege.

JIGME GARNE

Stirnseitig misst das Haus gerade mal viereinhalb Meter, in der Tiefe sind es einige Schritte. Der kleine Kopfbau einer Häuserzeile gehört der Stadt und steht an der Pestalozzistrasse 1 im Dorfkern Oberwinterthurs. Der Bau ist unauffällig. Doch gerade bei diesem unscheinbaren Häuschen lassen sich gleich drei Aspekte städtischer Politik festmachen.

### Geld

Die Stadt möchte die Liegenschaft verkaufen. Der Grund dafür ist einfach: «Einfamilienhäuser erbringen zu wenig Rendite und gehören nicht ins Anlageportefeuille des Finanzvermögens», sagt Beat Fehr, Hauptabteilungsleiter im Finanzdepartement. Deswegen sieht eine städtische Sparmassnahme (aus dem Sparprogramm «Win.03») eigentlich den Verkauf von zehn Einfamilienhäusern im Jahr vor. Doch der Stadtrat hat nun alle Verkäufe sistiert – aus buchhalterischen Gründen. Die Stadt behält ihre Immobilien, bis das neue Finanzausgleichsgesetz in Kraft tritt und der Kanton einen fixen Zentrumslastenausgleich spricht. So vermeidet sie, dass sich Buchgewinne aus Immobilienverkäufen zu ihrem Nachteil auf die Berechnung des Finanzausgleichs niederschlagen. Erst mit dem neuen Gesetz kann sie solche Gewinne auf die hohe Kante legen.

### Armut

Zum Vorschlag der städtischen Immobilienbewirtschaftung, das Haus zu verkaufen, kam es im Frühjahr 2010, als einer von zwei Mietern auszog: «Sol-

che Momente sind geeignet, um einen Verkauf zu prüfen», sagt Fehr. Solange der Verkauf aber sistiert ist, bleibt für den Mieter im Erdgeschoss alles beim Alten. Die Wohnung in den oberen Geschossen hingegen wird seither als Notwohnung genutzt. Eine Übergangslösung, die dem Departement für Soziales gelegen kommt: In Winterthur mangelt es an solchen. Die 170 vorhandenen Notwohnungen sind gedacht für Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind. Nur: Weil sich deren finanzielle Situation nicht von heute auf morgen verbessert, werden die Wohnungen lange besetzt: «Drei Viertel aller Mieter bleiben länger als drei Jahre», sagt Lars Schädeli, der für die Notwohnungen verantwortlich ist. Er hat Mühe, mehr Platz zur Verfügung zu stellen, da er kaum günstigen Wohnraum findet. Das führt so weit, dass Menschen in akuten Notsituationen in Motelzimmern untergebracht werden müssen.

### Denkmalpflege

Der schmale Kopfbau zeugt als letzter Überrest von einem Doppel-Bauernhaus, das vermutlich Anfang des 18. Jahrhunderts gebaut wurde. Das heutige Wohnhaus dagegen ist vollständig erhalten geblieben. Der Stadt gehört es seit 1952. Als kommunales Inventarobjekt und somit potenziell schutzwürdig gilt es schon längst: An seiner exponierten Lage im Dorfkern Oberwinterthurs bestimmt es das Ortsbild stark mit. Solange es im Besitz der Stadt ist, gilt die sogenannte Eigenbindung – faktisch ist es also geschützt. Die Eigenbindung erlischt aber, sobald die Stadt verkauft. Deshalb möchte der Stadtrat das Haus nun unter Schutz stellen, «um den Erhalt des Kulturdenkmals für die Zukunft zu sichern», wie es aus dem Protokoll des Bauausschusses heisst. Geschützt werden sollen die Fassade und das Dach; die Rekursfrist läuft noch bis 1. März.



Unscheinbar: Das Haus an der Ecke Pestalozzistrasse/Römerstrasse wird unter Denkmalschutz gestellt. Bild: Marc Dahinden